

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger MdB fordert den Aufbruch der bayerischen Sozialdemokraten aus der Wahlkritik: Neuen Mut fassen.

Seite 1

Brigitte Traupe MdB zu den Beratungen über den „Jäger 90“: Was wollte Wörner verheimlichen?

Seite 2

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB beglückwünscht Philip Rosenthal zum 70. Geburtstag: Ein Motor der Demokratisierung der Wirtschaft.

Seite 4

Dokumentation:

Der Vorsitzende des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), SPD-MdB Horst Sielaff, äußerte sich auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen zum Begriff Heimat. Auszüge auf

Seite 6

41. Jahrgang / 200

20. Oktober 1986

Aufbruch in Bayern aus der Wahlkritik

Wir wollen neuen Mut fassen, die Lage analysieren und die Fehler überwinden

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der Bayerischen SPD

Die Bayerische SPD hat gekämpft und verloren. Sie hat die empfindlichste Niederlage seit 1945 erlitten und das schlechteste Wahlergebnis in ihrer Nachkriegsgeschichte hinnehmen müssen.

Das ist für sie Grund genug zur Trauer, aber kein Grund zur Resignation.

Die bayerischen Sozialdemokraten werden deshalb auch nicht die Köpfe hängen lassen oder aus der Geschichte austreten. In der Niederlage, nicht nach dem Sieg, kommt es auf die Standfestigkeit der ältesten demokratischen Partei Bayerns an.

Wenn wir uns nicht in der Suche nach dem oder den Schuldigen erschöpfen, wenn wir neuen Mut fassen, wenn wir offenkundige Schwächen und Fehler ausmerzen: Dann können wir auch wieder zu neuen Ufern aufbrechen.

Der Landesvorstand wird für den 15. November 1986 zu einer Landeskonzferenz ihrer Mandatsträger und Funktionäre (und -innen) nach Nürnberg einladen.

Wir wollen nicht Wunden lecken, aber sorgfältig beraten, was wir tun müssen, um folgenden Tatsachen unserer Niederlage zu begegnen:

- Rund 350.000 sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler sind diesmal schlicht und einfach zuhause geblieben.
- Rund 60.000 sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler haben diesmal GRÜNE gewählt.
- Wir haben uns in den ländlichen Gebieten, vor allem aber in der Oberpfalz und in Niederbayern so gut behauptet - aber in allen Großstädten so empfindliche Niederlagen einstecken müssen.

Der bayerische SPD-Landesvorstand hat zu einer breiten Diskussion aufgerufen und die SPD-Organisation um Mitarbeit und Hinweise aus ihrem Erfahrungsbereich gebeten. Die Diskussion über die Ursachen des bayerischen Wahlergebnisses wird jedoch nicht zu einer Lähmung der Partei führen.

Die Landeskonzferenz in Nürnberg wird deshalb zugleich auch der Auftakt für die heiße Phase des bayerischen Bundestagswahlkampfes sein.

(-/20.10.1986/va/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umweltsatz
mit wertvoller Recycling-Papier



Was wollte Wörner beim Projekt „Jäger 90“ verheimlichen?

Ein derart großes Vorhaben muß in Ruhe beraten werden können,
um Fehler wie bei anderen Entwicklungen zu vermeiden

Von Brigitte Traupe MdB
Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für den Einzelplan 14 -Verteidigungsetat -
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

CDU/CSU und FDP nutzten am Donnerstag abend im Haushaltsausschuß ihre parlamentarische Mehrheit, ohne auf die Wünsche der SPD-Fraktion einzugehen.

Was war geschehen?

Seit dem 1. Januar 1986 ist der Bundeshaushalt in Kraft. Seit neun Monaten sind darin die Geldansätze für die Entwicklung des Jagdflugzeuges vom Parlament qualifiziert gesperrt. Sie können nur durch einen Entsperrungsantrag der Bundesregierung an den Haushaltsausschuß freigegeben werden.

Mit der Konzeptionsphase wurde auch mit Zustimmung der Sozialdemokraten 1984 begonnen. 1985 kam der Bundesminister der Verteidigung im Frühjahr in den Ausschuß, um die auch damals gesperrten Mittel freizubekommen. Mit Zustimmung der SPD.

Anders in diesem Jahr.

Das Bundesministerium der Verteidigung schaffte es nicht, rechtzeitig vor der NATO-Verteidigungsministerkonferenz am 20./21. Oktober 1986 in Schottland, dem Parlament im Verteidigungs- wie im Haushaltsausschuß die nationalen und internationalen Verträge vorzulegen. Als 60. Punkt der Tagesordnung ließ es auf Antrag von CDU und FDP am 10. Oktober für die Haushaltsausschußsitzung am 15. oder 16. Oktober das Thema „Jäger 90“ aufsetzen!

Die SPD-Bundestagsfraktion protestierte beim Bundestagspräsidenten gegen dieses Verfahren und beantragte eine Verschiebung der Thematik auf Anfang November, um mehr Zeit für eine sorgfältigere Beratung zu haben, denn schon bei erster Durchsicht der Unterlagen fiel auf, daß es noch viele Fragen gab.

Aber im Eilverfahren, wenn auch zähneknirschend, entspernte die Haushaltsausschußmehrheit von CDU/CSU und FDP Mittel für die Konzeptions- und Entwicklungsphase, die in der beantragten Höhe von rund 380 Millionen DM noch gar nicht voll belegt waren!

Nur wer Geld rauswerfen will, der kann 1986 noch für 230 Millionen DM Aufträge vergeben und auch dafür erbrachte Leistungen bezahlen!



Noch weitreichender aber war der Inhalt der beiden internationalen Verträge, die der Minister unterschreiben will. Danach gibt es faktisch keine Ausstiegchancen mehr aus der internationalen Kooperation mit den Engländern, Italienern und Spaniern.

Die Einrichtung eines Internationalen Programmbüros mit Sitz in München soll schon zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen, noch bevor die Definitionsphase abgeschlossen ist. Warum aber hat man dann nicht in den ersten Verträgen ein internationales Kostenmanagement vereinbart? Darüber hatte man sich weniger Gedanken auf der Harndhöhe gemacht.

Das größte Problem bilden nämlich für uns Sozialdemokraten die Schätzungen über die deutschen Gesamtentwicklungskostenanteile an dem Projekt. 1985 waren sie in der Haushaltsausschufsvorlage mit 3,68 Milliarden DM veranschlagt, 1986 schätzt der Finanzminister sie auf das Doppelte, rund sieben Milliarden DM.

Niemand konnte die Frage beantworten, wie realistisch nun diese Zahl ist. Und ob wir im nächsten Jahr gar mit elf Milliarden DM als neuer Angabe rechnen müssen!

Umso dringlicher ist es deshalb, daß der Bundesrechnungshof von Anfang an das Ausgabeverhalten bei diesem Projekt auch im Internationalen Programmbüro prüft. Dazu waren die Kollegen der CDU/CSU und FDP wenigstens bereit auf unsere Anregung hin.

Bleibt das ungute Gefühl, daß der Bundesverteidigungsminister die zeitliche Enge bewußt eingeplant hatte, damit den Parlamentariern nicht noch mehr kritische Fragen einfielen.

Ein aus meiner Sicht sinnvolles und notwendiges Projekt, ein modernes, Ende der Neunziger Jahre zu beschaffendes Jagdflugzeug mit einer optimierten Luft-Luft-Rolle, wird durch das bisherige Handeln in finanzielle Risiken gebracht, die wir Sozialdemokraten so nicht mitverantworten wollen und können. Für ein so großes militärisches Projekt benötigte man Beratungszeit, um Fehler wie bei anderen Entwicklungen zu vermeiden.

Ein schlechtes Beispiel ist da das Projekt des Panzerabwehrhubschraubers 2, das nur die CDU/CSU-FDP-Regierung zu verantworten hat. In den letzten Wochen stellten Franzosen und Deutsche auf der Arbeitsebene fest, daß sie zusammen nicht weiterkommen.

Was erfahren wir im nächsten Jahr vom „Jäger 90“-Projekt?

(-/20.10.1986/va/rs)



Ein Motor der Demokratisierung der Wirtschaft

Philip Rosenthal vollendet sein 70. Lebensjahr

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Am 23. Oktober 1986 wird Philip Rosenthal 70 Jahr alt. Vor mehr als 20 Jahren - die Bundestagswahl 1965 stand unmittelbar bevor - plädierte der fränkische Industrielle in einem vielbeachteten Gespräch mit der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ dafür, die SPD zu wählen und ihr im Bund Regierungsverantwortung zu übertragen. Für viele kam diese eindeutige Parteinahme für die Sozialdemokratie überraschend; für die, die Philip Rosenthal besser kannten, indes nicht.

Dem Sohn des Geheimrats Philipp Rosenthal sen., des Gründers der Firma Rosenthal, standen naturgemäß alle Chancen eines privilegierten Elternhauses offen. Aber Philip Rosenthal, der ein Gymnasium in München und eine Public School in Kent besuchte und der sein Studium der Philosophie, Politik und Volkswirtschaft in Oxford mit dem Master of Arts abschloß, hat nicht nur kennengelernt, wie es „oben“ aussieht. Er hat - und er wertet das selbst in der Rückschau positiv - am eigenen Leib erfahren, was es heißt, „ganz unten“ zu sein.

Denn „ganz unten“ befand sich der junge Philip Rosenthal, nachdem er unter dem Eindruck des Kriegsausbruches spontan in die französische Fremdenlegion eingetreten war und in Nordafrika diente. Sein Bemühen, der Legion wieder zu entkommen, endete zunächst im Arbeitslager. Er mußte im Steinbruch und als Straßenarbeiter schuften. Erst sein vierter Fluchtversuch hatte schließlich Erfolg: Über Gibraltar gelangte er nach England, wo er in einer Bäckerei, als Journalist und schließlich im Außenministerium arbeitete.

Nach Deutschland zurückgekehrt trat er 1950 in das väterliche Unternehmen ein, aus dem seine Familie nach 1933 verdrängt worden war. 1958 wurde er Vorstandsvorsitzender. 1981 wechselte er in den Vorsitz des Aufsichtsrats. Seinem Engagement verdankt es die Firma Rosenthal ganz wesentlich, daß ihre Erzeugnisse und ihr Design in den Bereichen Porzellan, Keramik, Glas, Besteck und Möbel heute einen weltweiten Ruf genießen. Auf das Drängen von Philip Rosenthal geht es auch zurück, daß das Unternehmen seine Arbeitnehmer seit 1963 am Produktiv-Vermögen beteiligt. Heute halten die Rosenthal-Arbeitnehmer mehr Aktien des Unternehmens als jeder andere Aktionär. Mit einem großen Teil seines eigenen Vermögens gründete Philip Rosenthal außerdem eine Stiftung, die Führungsnachwuchs aus Arbeitnehmerfamilien fördert.



Seit 1969 auch förmlich Mitglied der SPD, gewann er noch im selben Jahr den Bundestagswahlkreis Goslar-Wolfenbüttel, der als Domäne der CDU galt, in direkter Wahl. 1976 und 1980 kandidierte er erfolgreich im Wahlkreis Kulmbach für den Bundestag, dem er bis 1983 angehörte. 1970 und 1971 war er auch parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft. Sein Ausscheiden aus dem Bundestag bedeutete keinen Abschied von der Politik. Ehrenamtlich arbeitet er als Kommunikationsbeauftragter, als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie und als Berater der Programmkommission für den Parteivorstand.

Die politische Aufgabe, der sich Philip Rosenthal in all diesen Jahren in besonderer Weise verschrieben hat, ist die Demokratisierung der Wirtschaft. „Die Wirtschaft zu demokratisieren“, so umriß er seine Position, „bedeutet für mich zweierlei: Die Arbeitnehmer sollen über die Mitbestimmung an den Entscheidungen in der Wirtschaft beteiligt sein und die Arbeitnehmer sollen über eine Vermögensbeteiligung am Produktivkapital in der Wirtschaft teilhaben.“ Und er versteht es, diese Position griffig und einprägsam so zu formulieren: „Es kommt darauf an, die Arbeitnehmer am Sagen und am Haben in der Wirtschaft zu beteiligen.“

Philip Rosenthal, dem Erstbesteigungen im Himalaya und in den Anden gelangen, der noch heute täglich Sport treibt, der in den letzten 23 Jahren auf einer großen, noch nicht beendeten Tour fast 10.000 Kilometer im Ruderboot oder als Wanderer zurückgelegt hat, strahlt sein Geburtsdatum Lügen. Seine Freunde erwarten von ihm noch viel - auch im achten Lebensjahrzehnt.

„Der Fortschritt“, hat Günter Grass gesagt, „ist eine Schnecke.“ Philip Rosenthal fügte hinzu: „Also kriechen wir weiter.“ Wir sind sicher - er wird es tun. Und das bestimmt nicht im Schnecken-tempo!

(-/20.10.1986/vo-ha/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Horst Sielaff: „Für wen ist Stettin heute mehr Heimat?“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), Horst Sielaff, sprach am Sonntag als Gastredner auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Oberndorf (Donnersbergkreis/Pfalz) zum Begriff der Heimat. Wir dokumentieren die Rede Sielaffs, der 1946 aus Stettin ausgesiedelt worden war, im Auszug.

„Ihr Verband fordert das ‚Recht auf Heimat‘ und meint damit die Rückgabe der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze. Bei mir tauchen da einige Fragen auf. Ich bitte Sie, diese bei der Diskussion Ihres Verbandes mitzubedenken: Wo ist die Heimat des Menschen, der 1946 mit neun Jahren aus seiner Geburtsstadt, nachdem sie, wie viele andere deutsche Städte, fast vollständig zerstört war, zunächst Russen und dann Polen die Macht dort übernahmen, nach Westdeutschland vertrieben oder zwangsumgesiedelt wurde - dann an vielen Orten lebte und schließlich mit fast 50 Jahren in der Pfalz heimisch wurde? Der seine Geburtsstadt auch heute regelmäßig besucht, aber seine Freunde, seine Lebensbezüge hier hat, der die Familie in der Bundesrepublik gründete und auch den weitaus größten Teil seines Lebens hier verbrachte, viele Erinnerungen - zumal die angenehmen - sich mit der Bundesrepublik Deutschland verbinden?“

Wo ist die Heimat des Menschen, der zwei, drei oder mehr Generationen lang im asiatischen Teil der Sowjetunion das Land urbar machte, dort enge Lebensbezüge, Freunde und tiefe Erinnerungen hat und dann mit 60 Jahren mit seinem Ehepartner/in nach langen Jahren vielfältigen Bemühens endlich in seine - wie er meint - wirkliche Heimat, nach Deutschland kommt? Spinnen wir mal weiter: Der Ehepartner/die Partnerin verstirbt, Verwandte, Geschwister, ja vielleicht verheiratete Kinder, deren Ehepartner/innen nur noch russisch sprechen, leben in Kasachstan oder anderswo: wo ist die Heimat dieser Menschen?“

„Heimat‘ - das ist für mich mehr als nur der Geburtsort; zur Heimat gehören Bezüge, Erinnerungen und Geborgensein - wir sind dort heimisch! Ich könnte es mir einfach machen und über die Heimat des Menschen theologisch argumentieren. Ich könnte darauf hinweisen, daß im Alten Testament der heimatlose Mensch, der wandernde und nirgendwo eine Bleibe findende Aramäer als der wirkliche Mensch beschrieben wird und daß auch im Neuen Testament immer wieder davon gesprochen wird, daß die Heimat des Christen nicht hier auf Erden ist, nicht hier meine bleibende Stadt ist. Aber mir ist bewußt, daß auch das zu vereinfachen wäre.

Aber ich habe diesen ersten kritischen Gedanken hier zur Sprache gebracht, weil dieser Tag der Heimat oft mißbraucht und häufig unredlich argumentiert wird. Allzu oft fordern diejenigen das ‚Recht auf die verlorene Heimat‘, die schon längst Heimat gefunden haben - es ist kompliziert mit der Heimat - die politischen Vereinfacher wollen das oft bewußt vergessen machen. Meine Fragen entspringen keiner weltfremden theoretischen Diskussion. Ich bin Betroffener: Alle meine Vorfahren stammen aus Pommern. Ich selbst bin 1937 in Stettin geboren und 1946 ausgesiedelt worden. Heute leben seit 40 Jahren in meiner Geburtsstadt Menschen, die ebenfalls aus ihrer Heimat Ostpolen zwangsumgesiedelt worden sind.

Für wen ist Stettin heute mehr Heimat: für die, die dort ebenfalls geboren sind und seit 40 Jahren dort leben - oder für uns, die wir seit 40 Jahren in der heutigen Bundesrepublik Deutschland wohnen?

Welche politischen Wege gibt es, beiden Menschengruppen gerecht zu werden? Doch wohl nur gemeinsame und friedliche - in dem Wissen, daß Krieg auch in Gedanken als absurd und kein Mittel der Politik abgelehnt werden muß.“

(-/20.10.1986/va/ra)

* * *

